Gemeinde Glandorf Glandorf, den 21.02.2024

N i e d e r s c h r i f t

02/FWFA/012/2024

über die **öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Finanz-, Wirtschaftsförderung- & Feuerwehrausschusses**
am **Mittwoch,** den **14.02.2024**, von **19:32 Uhr** bis **21:09 Uhr**
im Sitzungssaal des Rathauses Glandorf, Münsterstr. 11, 49219 Glandorf

Anwesend:

Vorsitzende/r	
Herr Marius Pabst	UWG
Mitglieder	
Herr Andreas Auf der Landwehr	CDU
Herr Sebastian Gottlöber	UWG
Herr Heinrich Jankrift	CDU
Herr Willi Micke	SPD
Herr Michael Twyhues	FDP
beratendes Mitglied	
Herr Frank Andiel Gemeindebrandmeister	
Bürgermeister	
Herr Torsten Dimek	Bürgermeister
Protokollführer	
Udo Papenbrock	
von der Verwaltung	
Herr Dirk Schmalstieg	

Abwesend:

Herr Andreas Vennemann	CDU	(entschuldigt)

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Marius Pabst eröffnet um 19.32 Uhr die Sitzung des Finanz-, Wirtschaftsförderung- & Feuerwehrausschusses und begrüßt alle Anwesenden.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Ausschussmitglieder

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die anwesenden Ausschussmitglieder fest.

3. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit wird durch den Ausschussvorsitzenden Pabst mit dem Hinwies, dass sich Ausschussmitglied Andreas Vennemann entschuldigen lässt, festgestellt.

4. Feststellung der Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben. Ausschussvorsitzender Pabst stellt die Tagesordnung fest.

5. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Finanz, Wirtschaftsförderung- & Feuerwehrausschusses Nr. 02/FWFA/010/2023 vom 13.12.2023 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Finanz-, Wirtschaftsförderung- & Feuerwehrausschusses Nr. 02/FWFA/010/2024 vom 13.12.2024 liegt allen Ausschussmitgliedern vor.
Gegen Form und Inhalt werden keine Einwände erhoben. Die Niederschrift wird in der vorliegenden Form einstimmig genehmigt.

6. Bericht der Feuerwehr

Gemeindebrandmeister Frank Andiel berichtet anhand einer Präsentation (s. Anlage 1 zur Niederschrift) über die bisherigen Einsätze und Aktivitäten der Gemeindefeuerwehr.

Es gibt in den Mitgliederbeständen leichte Verschiebungen, da einige Kammeraden in die Alters- und Ehrenabteilung gewechselt sind. Im abgelaufenen Jahr 2023 wurden 100 Einsätze gefahren. Ein Großteil davon waren technische Hilfeleistungen und im Vergleich zu den letzten Jahren erstaunlich viele Brandeinsätze. Ein besonderer Einsatz zum Jahresende war der Hochwassereinsatz im Raum Meppen, an dem 13 Feuerwehrkameraden im Rahmen der Kreisfeuerwehrbereitschaft Süd vom Landkreis Osnabrück teilgenommen haben. Parallel hat es am gleichen Tag einen Gebäudebrand in der Windmühlenstraße gegeben. Es hat sich gezeigt, so Gemeinde-brandmeister Andiel, dass durch die Kreisfeuerwehrbereitschaft die Feuerwehr breiter aufgestellt ist und damit ausreichend Feuerwehrkameraden zum Brandbekämpfung vor Ort verbleiben. Über die Jahreswende war dann die regelmäßige Lagemeldung zum Stand des Hochwassers hier in der Gemeinde an den Stab des Landkreises Osnabrück abzugeben.

Das Jahr 2024 startete mit dem ersten Brandeinsatz um 00:21 Uhr. Bis heute gab es 14 Einsätze.

Das Einweihungsfest mit geladenen Gästen zur feierlichen Übergabe des neuen Feuerwehrgerätehauses in Schwege ist für den 03.05.2024 geplant. Am 05.05.2024 ist dann der "Tag der offenen Tür“ für die gesamte Bevölkerung. Zum Ende seines Berichts bedankt sich Gemeindebrandmeister Andiel erneut für die gute Zusammenarbeit bei Rat und Verwaltung.

Bürgermeister Dimek teilt zur Hochwassersituation zum Jahreswechsel ergänzend mit, dass es am 2. Weihnachtstag um 11.00 Uhr eine Videokonferenz zum Thema "Hochwasserlage" mit allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern des Landkreises Osnabrück gegeben hat, damit auch die Verantwortlichen in den Städten und Gemeinden des Kreisgebiets über die aktuelle

Hochwasserlage informiert waren. Vornehmlich war der Nordkreis betroffen. Er berichtet, dass in der heute stattfinden Bürgermeisterkonferenz von den Bürgermeistern der Stadt Quakenbrück und Bersenbrück berichtet wurde, das die Lage wohl "Spitz auf Knopf" stand, sprich sehr ernst gewesen war. Es hätten demnach nur wenige Zentimeter gefehlt, bis komplette Stadtteile überflutet worden wären. Es sei zum Glück alles gut gegangen und die Deiche hätten gehalten.

Fragen von den Anwesenden zum Bericht gibt es nicht. Der Ausschussvorsitzende Pabst beendet daraufhin mit einem Dank an den Gemeindebrandmeister Andiel diesen Tagesordnungspunkt.

7. Bericht der Kämmerei

Kämmerer Dirk Schmalstieg gibt ebenfalls anhand einer Präsentation (s. Anlage 2 zur Niederschrift) den Bericht der Kämmerei ab. Dabei geht er zunächst auf das Steueraufkommen zum 31.12.2023 ein. Dieses hat sich insbesondere im Bereich der Gewerbesteuer mit einem Plus von fast 1,4 Millionen Euro sehr positiv entwickelt. Allerdings sind die Einkommensteueranteile um -145.567,00 € und die Umsatzsteueranteile um -18.264,00 € gegenüber den Haushaltsansätzen gesunken. Diese Abweichung von den Haushaltsansätzen resultiert auf Steuerschätzungen/Verteilzahlen des Bundes. Hier kann es zu entsprechenden Abweichungen kommen.
Von den Mehreinnahmen der Gemeinde bei der Gewerbesteuer bleiben etwa 700.000,00 € bei der Gemeinde. Wichtig für die Folgejahre ist zu wissen, dass hohe Gewerbesteuereinnahmen die Schlüsselzuweisungen verringern.

Weiter berichtet Kämmerer Schmalstieg davon, dass die Jahresabschlüsse 2019 bis 2021 und ebenfalls die Gemeindekasse vom RPA geprüft werden. Im Verwaltungsausschuss wird es dazu noch eine weitere Information geben und die abschließenden Ergebnisse werden voraussichtlich im nächsten Finanzausschuss vorgestellt. Eine Entscheidung über die Prüfungsergebnisse sollte spätestens in der Ratssitzung im Juni 2024 möglich sein.

Ratsmitglied Gottlöber fragt, ob das RPA bei den Prüfungen etwas gefunden hat. Herr Schmalstieg entgegnet, dass das RPA immer etwas findet, allerdings handelt es sich bislang um keine Beanstandungen, die er als Kämmerer rechtfertigen müsste. Oftmals handelt es sich von Seiten des RPA um Hinweise und Anmerkungen. Dies sei jedoch normal. Bei wesentlichen Beanstandungen oder gar Fehlern der Verwaltung wird die Kämmerei aufgefordert, sich zu erklären und dem Rat darüber zu berichten.

Dann geht Kämmerer Schmalstieg auf einen Antrag auf Anschluss an das Trinkwassernetz von 13 Grundstücken im Bereich "Freienhagener Straße, Averfehrden" (grober Bereich von "Högemann" bis "Fentker") ein. Es hat dazu in der vergangenen Woche eine Informationsveranstaltung der Gemeinde gegeben, um ein Meinungsbild von den Anliegern einzuholen. Von den 13 Grundstückseigentümern wollen 11 Grundstückseigentümer angeschlossen werden, davon 6 sofort. Mit zwei nicht anwesenden Antragstellern konnte noch nicht gesprochen werden. Es wird in dem Bereich eine Regelung analog in Sudendorf, "Havermannsweg", angestrebt. Der Sachverhalt soll im nächsten Werksausschuss weiter vorgestellt werden.

Zum Hallengartenbad berichtet der Kämmerer davon, dass im Jahr 2023 das Bad 61.383 Besucher zu verzeichnen hatte. Die Einnahmen betrugen insgesamt 124.331,00 €. Es sind Kartenzahlung mit EC- und Kreditkarten möglich. Der Kassenautomat wurde modernisiert.
Das Candle-Light-Schwimmen am 22.12.2023 war ein Erfolg. Jetzt warte das neue Osterferienprogramm mit vielen Events für kleine und große Besucher auf die Gäste.

Nach dem Bericht der Kämmerei fragt Ausschussvorsitzender Pabst nach Wortmeldungen. Da dies nicht der Fall ist, beendet er mit einem Dank an Kämmerer Schmalstieg den Tagesordnungspunkt.

8. Änderungsanträge zum Haushalt 2024 aus den vorhergehenden Fachausschüssen

8.1. Haushaltsanträge 2024 für die Bereiche Kultur, Sport und Soziales - Beratung und Beschlussfassung

8.1.1. Antrag des Bürgerschützenvereins Sudendorf-Schierloh e. V. auf Beschussung einer notwendigen Investionsmaßnahme - Beratung und Beschlussfassung
Vorlage: 02/435/2024

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt der Ausschussvorsitzende Pabst über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:
Dem Bürgerschützenverein Sudendorf-Schierloh e. V. wird zu den Kosten für die Sanierung des Luftgewehrstandes im Schützenhaus Sudendorf ein Zuschuss in Höhe von 20% der Gesamtkosten, somit maximal 5.866,26 EUR, gewährt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	6
Nein:	
Enthaltung:	

8.2. Änderungsanträge der Fraktionen und Gruppen zum Haushaltsplan 2024 Bereich Bauen, Umwelt - Beratung und Beschlussfassung

8.2.1. Antrag der SPD /GRÜNE Gruppe auf Streichung der Mittel für das DE Projekt Aussenanlage Heimathaus Averfehrden - Beratung und Beschlussfassung
Vorlage: 02/422/2024

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt der Ausschussvorsitzende Pabst über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:
Der Haushaltsansatz für die Außenanlage Heimathaus Averfehrden wird gestrichen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	4
Nein:	2
Enthaltung:	

8.2.2. Antrag der UWG-FDP Gruppe zur Streichung der Mittel für den Mehrgenerationenspielplatz Averfehrden
Vorlage: 02/423/2024

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt der Ausschussvorsitzende Pabst über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:
Die Mittel für den Mehrgenerationenspielplatz Averfehrden werden gestrichen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	4
Nein:	2
Enthaltung:	

8.2.3. Antrag der UWG-FDP Gruppe zur Streichung der Mittel für den Niedrigseilgarten - Beratung und Beschlussfassung
Vorlage: 02/424/2024

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt der Ausschussvorsitzende Pabst über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Ratsmitglied Auf der Landwehr weist nach der Abstimmung daraufhin, dass es einfacher für die Ratsmitglieder wäre, wenn die Abstimmungsergebnisse direkt bei den Vorlagen zu finden seien.

Kämmerer Dirk Schmalstieg teilt in diesem Zusammenhang mit, dass für eine bessere Übersichtlichkeit eine Tabelle mit den Abstimmungsergebnissen der Fachausschüsse und dem Beschlussergebnis des FWFA dem Protokoll beigefügt werden soll.

Beigeordneter Gottlöber schlägt vor, dass die Tagesordnungspunkte um eine gesonderte Vorlage/Beschlusspunkt erweitert werden.

Bürgermeister Dimek gibt in diesem Zusammenhang zu bedenken, dass dadurch die Ratsarbeit mit den Vorlagen/den Protokollen möglicherweise zu umfangreich werde. Er werde diese Anfragen zum Anlass nehmen, um noch einmal mit der Itebo über eine Verbesserung der Situation zu sprechen.

Beschlussvorschlag:
Die Haushaltsreste für den Bau des Niedrigseilartens werden auf 30.000 EUR reduziert. Der Niedrigseilgarten entfällt. Der Spielplatz soll an gleicher Stelle hergerichtet werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	6
Nein:	
Enthaltung:	

8.3. Änderungsanträge der Fraktion und der Gruppen für den Bereich Schulen - Beratung und Beschlussfassung
Vorlage: 02/433/2024

Ratsmitglied Tywhues teilt mit, dass dies jetzt nur noch die Grundschulen betrifft. Die Ludwig-Windthorst-Schule hat verzichtet, da die Notwendigkeit nicht vorliegt. Dies wird auch von Ratsmitglied Micke bestätigt.
Kämmerer Schmalstieg merkt dazu an, dass damit der Sinn, alle drei Schulen auf ein gemeinsames Level zu heben, damit verfehlt werde. Ratsmitglied Micke entgegnet darauf, dass die Ludwig-Windthorst-Schule aber nicht dazu gezwungen werden kann. Die neue Schulleiterin der GS Glandorf hat sich über den neuen Internetauftritt sehr erfreut gezeigt.

Da danach keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt der Ausschussvorsitzende Pabst über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:
Es erfolgt ein Relaunch der Internetauftritte der beiden Grundschulen. Der Träger sollte dabei das Hosting und die Einhaltung aktueller Standards bezüglich Informationssicherheit, Datenschutz und Funktionalität gewährleisten.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	6
Nein:	
Enthaltung:	

9. Anträge der Freiwilligen Feuerwehren Glandorf und Schwege zum Haushalt 2024 - Beratung und Beschlussfassung
Vorlage: 02/400/2023/1

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt der Ausschussvorsitzende Pabst über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:
Die Anträge der freiwilligen Feuerwehren Schwege und Glandorf werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	6
Nein:	
Enthaltung:	

10. Änderungsanträge der Fraktion und Gruppen zum Haushaltsplan 2024 Bereich Finanzen-, Wirtschaftsförderung & Feuerwehr - Beratung und Beschlussfassung
Vorlage: 02/438/2024

Es liegen zu diesem TOP verschiedene Anträge aus der Fraktion und den beiden Gruppen vor.

1. Erhöhung des Ansatzes für die Gewerbesteuer

Zunächst wird über den Antrag der CDU-Fraktion auf Heraufsetzung des Ansatzes für die Gewerbesteuer im Haushalt 2024 beraten. Ratsmitglied Auf der Landwehr erläutert den vorliegenden Antrag. Aufgrund der positiven Entwicklung bei den Gewerbesteuern in 2023 und dem erhöhten Hebesatz beantragt er für seine Fraktion, den Ansatz von 3,8 Mio. € auf 4,2 Mio. € heraufzusetzen.

Bürgermeister Dimek und Kämmerer Schmalstieg schlagen vor, hier einen Mittelweg einzuschlagen. Sie halten eine Anhebung um 200.000 € für gerechtfertigt, auch wenn in den vergangenen Jahren immer eher konservativ geplant wurde.

Mit diesem Vorschlag können sich die anwesenden Ausschussmitglieder einverstanden erklären. Ausschussvorsitzender Pabst lässt über diesen Vorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:
Der Haushaltsansatz für die Gewerbesteuer wird von 3,8 Mio. Euro auf 4,0 Mio. Euro erhöht.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	6
Nein:	
Enthaltung:	

2. Verringerung des Haushaltsansatzes im Produkt 533100 "Zuschuss Wassermanagement"

Zur Begründung des Antrags der CDU-Fraktion führt Ausschussmitglied Auf der Landwehr aus, dass die Resonanz auf dieses Förderprogramm sehr gering gewesen sei. Vor diesem Hintergrund sollte der Betrag um 20.000 € auf 5.000 € reduziert werden.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt der Ausschussvorsitzende Pabst über den Antrag abstimmen.

Beschlussvorschlag:
Der Haushaltsansatz im Produkt 533100 "Zuschuss Wassermanagement" wird um 20.000 € auf 5.000 € verringert.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	6
Nein:	
Enthaltung:	

3. Erhöhung der Nutzungsentgelte für außerörtliche Schulen und Institutionen im Hallengartenbad

Ratsmitglied Gottlöber erläutert den Antrag der UWG/FDP-Gruppe und schlägt vor, dass die Kommunen, die das Glandorfer Schwimmbad für den Schulsport nutzen, sich an den Defizitkosten in Höhe von 365.000,00 € zumindest beteiligen sollen. Es kann nicht sein, dass diese Kommunen sich aus der Finanzierung herausziehen und ihre Hallenbäder schließen, um Kosten zu sparen. Aus diesem Grund suche er nach Möglichkeiten, diese Kommunen im Rahmen einer Defizitbeteiligung in die Pflicht zu nehmen, auch weil Schwimmunterricht letztlich verpflichtend ist.

Ratsmitglied Gottlöber bittet in diesem Zusammenhang um Mitteilung, wie viele Stunden nutzt die jeweilige Schule das Schwimmbad, anteilig sollte seiner Meinung nach das Defizit in Rechnung gestellt werden. Auch Ratsmitglied Auf der Landwehr schlägt eine Defizitbeteiligung über höhere Eintrittspreise vor.

Bürgermeister Dimek führt aus, dass die Kinder in den auswärtigen Gemeinden nichts dafür können, dass es dort keine Schwimmbäder mehr gibt. Für ihn sei es gerade in der heutigen Zeit besonders wichtig, dass die Kinder schwimmen lernen können. Auch er sei für eine moderate Anhebung der Nutzungsentgelte, um Mehreinnahmen zu generieren.
Er unterbreitet den Vorschlag, die Gebühr für die Nutzung einer Bahn von 30 € auf 40 € zu erhöhen und ein nutzungsabhängiges Entgelt von 1,00 € je Schüler statt 0,60 € zu erheben.

Mit diesem Kompromissvorschlag erklären sich die Ausschussmitglieder einverstanden. Ausschussvorsitzender Pabst lässt darüber abstimmen.

Beschlussvorschlag:
Die Nutzungsentgelte für außerörtliche Schulen und Institutionen werden wie folgt erhöht: Je genutzter Bahn ist eine Nutzungsgebühr von 40 € (alt 30 €) und je Schüler ein nutzungsabhängiges Entgelt von 1,00 € (alt 0,60 €) zu entrichten.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	6
Nein:	
Enthaltung:	

4. Reduzierung der Ermäßigung für Rentner im Hallengartenbad

Ebenfalls für die UWG/FDP-Gruppe erläutert Ratsmitglied Gottlöber den Antrag. Aus Sicht seiner Gruppe sei eine Ermäßigung für Rentner nicht mehr erforderlich, da es Rentner gibt, denen es finanziell sehr gut geht.
Ratsherr Micke schlägt ebenfalls vor, den Eintrittspreis zu erhöhen, gibt aber zu bedenken, dass es auch Rentner mit einer kleinen Rente gibt, die das ganze Leben gearbeitet haben und trotzdem genau rechnen müssen, um über die Runden zu kommen.

Von Seiten der Verwaltung gibt Kämmerer Schmalstieg an dieser Stelle einige Erläuterungen zum Wegfall der Ermäßigung. Sollte diese wegfallen wären rd. 12.000,00 € Mehreinnahmen möglich. Diese setzen sich aus den verschiedenen Preistarifen zusammen. Die Gemeinde Glandorf habe diese ermäßigten Eintrittspreise für Rentner noch. Viele andere Schwimmbäder hätten keine Ermäßigung mehr für Rentner, sondern z.B. nur für Bezieher geringen Einkommens und Schwerbehinderte. Ob bei einem völligen Wegfall der Ermäßigung die Rentner das Schwimmbad auch weiter nutzen würden, stehe nicht fest.

Im Zuge der weiteren Diskussion wird ein Kompromissvorschlag erarbeitet. Künftig sollen Rentner nur noch die halbe Ermäßigung gegenüber dem Eintrittspreis von Jugendlichen bekommen.

Über diesen Vorschlag lässt der Ausschussvorsitzende Pabst abstimmen.

Beschlussvorschlag:
Die Ermäßigung für Rentner im Hallengartenbad wird um die Hälfte reduziert. So ist für die Jahreskarte künftig ein Preis von 150,00 € (alt 100,00 €), für die 10er- Karte 27,00 € (alt 18,00 €) und die 25er-Karte 60,00 € (alt 40,00 €) sowie die Einzelkarte 3,00 € (alt 2,00 €) zu zahlen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	6
Nein:	
Enthaltung:	

Offen ist jetzt noch der Antrag der SPD/Grünen-Gruppe. Dieser hat ebenfalls zum Inhalt, die Eintrittsgelder bzw. Nutzungsgebühren für auswärtige Schulen und Kommunen zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen.
Da über diesen Punkt bereits vorab beraten und entschieden wurde, zieht Ratsmitglied Micke den Antrag zurück.

11. Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung 2024 durch die Verwaltung - Beratung und Beschlussfassung
Vorlage: 02/439/2024

Zunächst geht Kämmerer Schmalstieg anhand einer Aufstellung auf die Veränderungen, die sich seit der Erstellung des Erstentwurfs des Haushaltes 2024 ergeben haben, ein (vgl. Anlage 3 zur Niederschrift). Demnach haben sich seitdem ergebnisrelevante Änderungen von plus

45.500,00 € ergeben. Das veränderte Planergebnis beträgt Stand Ausschusssitzung - 927.200,00 €.

Eine Korrektur im Bereich Kindergarten für die Jahre 2025 bis 2027 werde, so der Kämmerer, noch eingepflegt. Die Verwaltung sei darüber hinaus immer noch in der weiteren Prüfung. Etwaige Änderungen werden ggf. im VA mitgeteilt.

In seinen Ausführungen geht Kämmerer Schmalstieg danach auf die Berechnung der Überschussrücklage bzw. des Altfehlbetrags aus Vorjahren
ein (vgl. Anlage 5 zur Niederschrift). Der Bestand der Rücklage habe zu Ende 2022 1.410.829,00 € betragen. Ende 2023 sei noch ein Betrag von 136.229,00 € vorhanden gewesen. Unter Berücksichtigung des mit dem Haushaltsentwurf veranschlagten Jahresfehlbetrages würde das Haushaltsminus im Ergebnishaushalt zu Ende 2024 demnach - 836.471,00 € ausmachen. Dies würde in der Konsequenz bedeuten, dass ein Haushaltssicherungskonzept bereits für das Jahr 2024 aufgestellt werden müsse.

Aus Sicht der Verwaltung, so Kämmerer Schmalstieg, gebe es aber verschiedene Szenarien, die vorgestellt und weiter betrachtet werden müssten.
In Szenario 1 werde das vorläufige Haushaltsergebnis 2023, welches in der Vergangenheit aufgrund der Unsicherheiten aber noch nie zu einem solchen frühen Zeitpunkt betrachtet wurde, für die weiteren Überlegungen heran-gezogen. Dieses Ergebnis betrage nach derzeitigem Stand - 591.000,00 € (Verbesserung um + 683.600 €). Hierin sind zwar wesentliche Posten gebucht, wie die noch vorzunehmende Abrechnung der Gemeindewerke AGG und die Berücksichtigung von Pensionsrückstellungen und Finanzausgleichsrückstellungen. Aber es müsse auch noch an die sog. "unsteten Bezüge der Bauhofmitarbeiter" gedacht werden, die erst nach Ablauf von 2 Monaten für die Bereitschaftsdienste ausgezahlt werden. Erst wenn die genaue Höhe dieser Bezüge vorliegt und zudem die Abrechnung mit der Gemeinde Bad Laer erfolgt ist, kann die Endabrechnung gestartet werden. Somit ergeben sich noch einige Unwägbarkeiten. Zu diesem frühen Zeitpunkt im Jahr können dadurch keine ganz genauen Zahlen ermittelt werden. Auf Nachfrage erklärt Kämmerer Schmalstieg aber, dass das prognostizierte vorläufige Ergebnis aufgrund von eingeplanten Sicherheiten ungefähr stimmen werde.

Das Jahresergebnis 2024 werde unter dieser Voraussetzung und unter Berücksichtigung des fiktiv zum Ausgleich heranzuziehenden Betrages aus der Überschussrücklage mit einem Minus von 152.871,00 € abschließen. Unter Berücksichtigung des Effektes, den Ansatz der Gewerbesteuer zu erhöhen, wäre vielleicht auf diesem Wege eine schwarze Null möglich. Dies insbesondere bei Szenario 2, da hier schon die Reduzierung des geplanten Jahresfehlbetrages um 45.500 € eingeplant wurde (Minus 107.371,00 €).

Neben den vorher dargestellten Szenarien gebe es inzwischen noch ein weiteres Szenario 3, auf welches die Verwaltung jetzt erstmals, so Kämmerer Schmalstieg, gestoßen sei. Dies betreffe die Pensionsrückstellungen für die Beamten.
Die Pensionsrückstellungen trägt bei einer Übernahme des Beamten zu 100 % die übernehmende Kommune. Diese wurden in der Vergangenheit in dem Jahr, wo der Wechsel des Beamten zur Gemeinde Glandorf erfolgt ist, dem Haushaltsjahr voll zugeschlagen. Es gibt in diesem Bereich jedoch eine Gestaltungsmöglichkeit, die aus der Arbeitsgemeinschaft zur Doppik beim Land resultiert. Es ist demnach zulässig, die Rückstellungen ab Zugangsdatum bis auf 8 Jahre zu verteilen. Dadurch, dass der Haushalt 2022 noch nicht dem RPA vorgelegt wurde, wäre jetzt noch die Möglichkeit gegeben, diese Pensionsrückstellungen aus dem letzten Zugang eines Beamten auf 8 Jahre zu verteilen, um dadurch einer Haushaltssicherung bereits für 2024 zu entgehen.

Bei Szenario 3 hätte die Überschussrücklage, sofern die Pensionsrück-stellungen entsprechend verteilt würden, einen Bestand zum 31.12.2024 von plus 355.597 €. Ein Haushaltssicherungskonzept für das Jahr 2024 wäre damit aus Sicht der Verwaltung nicht notwendig.

Unter den Ausschussmitgliedern besteht Einigkeit, diese umfangreichen Ausführungen zunächst zur Kenntnis zu nehmen und vorerst keine Beschlussempfehlung zu diesem Punkt abzugeben.

12. Wirtschaftsplan 2024 der Gemeindewerke Glandorf - Beratung und Beschlussfassung Vorlage: 02/440/2024

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt der Ausschussvorsitzende Pabst über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:
Der Wirtschaftsplan 2024 für die Gemeindewerke Glandorf wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	6
Nein:	
Enthaltung:	

13. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Jahr 2024 - Beratung und Beschlussfassung Vorlage: 02/441/2024

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt der Ausschussvorsitzende Pabst über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:
Die Haushaltssatzung nebst Haushaltsplan für das Jahr 2024 wird mit den in der Sitzung beschlossenen Änderungen verabschiedet.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	6
Nein:	
Enthaltung:	

14. Anfragen und Anregungen

Ratsmitglied Twyhues bittet darum, künftig Punkte, wie die Haushaltskonsolidierung, aufgrund der Sensibilität im nichtöffentlichen Teil zu behandeln. Es geht dabei teilweise um persönliche Daten von Mitarbeitern der Verwaltung, die nicht in öffentlicher Sitzung behandelt werden sollten.

Ratsmitglied Jankrift regt an, die vom Bürgermeister bereits geäußerte Idee, in Klausurtagungen wichtige Themen vorab zu besprechen, weiter zu verfolgen.

15. Schließung der Sitzung

Mit Dank an alle Teilnehmer schließt der Ausschussvorsitzende die Sitzung um 21.09 Uhr.

gez. Marius Pabst
Vorsitzender

gez. Udo Papenbrock
Protokollführer